

Niederschrift über die 13. Sitzung des Stadtbau- und Umweltausschusses

Sitzung am: Montag, den 19.01.2026
Sitzungsort: Sitzungszimmer 345

Beginn: 16:30 Uhr **Ende:** 18:35 Uhr

Anwesenheit:

Name	Bemerkung
------	-----------

Vorsitzende

Frau Bürgermeisterin Kerstin Wolf

Stimmberechtigtes Mitglied

Herr Daniel Beegen
Frau Yvonne Gruber
Herr Ronny Hering
Herr Rico Kusche
Herr Thomas Salzmann
Herr Mathias Weiser
Frau Diana Zierold

Beratendes Mitglied

Herr Wolfgang Alboth
Herr Matthias Gräf
Herr Thomas Hoyer
Herr Rainer Pietschmann

Stellvertretendes Mitglied

Herr Christian Kellner
Herr Lars Legath

Vertretung für Herrn Dieter Blechschmidt
Vertretung für Frau Belinda Eißmann

Abwesenheit:

Name	Bemerkung
------	-----------

Stimmberechtigtes Mitglied

Herr Dieter Blechschmidt
Frau Belinda Eißmann

Beratendes Mitglied

Herr Felix Albert
Herr Michael Persch

entschuldigt
entschuldigt

Mitglieder der Verwaltung:

Name	Funktion	Anwesenheitsgrund
Herr Steffen Ullmann	FGL Tiefbau	alle TOP
Herr Markus Löffler	FBL BO, Stadtplanung, Umwelt	alle TOP
Herr Martin Rink	SB Stadtplanung	TOP 2.1
Herr Julian Schwenkglens	SB Stadtplanung	TOP 1.5
Herr Hagen Brosig	SB Stadtplanung	TOP 1.5

weitere Sitzungsteilnehmer:

Name	Anwesenheitsgrund
Herr Jubelt	Freie Presse, Berichterstattung
Herr Heinrichs	Gast

Tagesordnung:

öffentlicher Teil:

- TOP 1 Eröffnung der Sitzung und Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung
- TOP 1.1 Feststellung der Beschlussfähigkeit
- TOP 1.2 Tagesordnung
- TOP 1.3 Niederschrift über den öffentlichen Teil der 9. Sitzung des Stadtbau- und Umweltausschusses am 25.08.2025
- TOP 1.4 Beantwortung von Anfragen
- TOP 1.5 Informationen der Bürgermeisterin
- Information zum Wegecheck
- TOP 2 Vorberatung
- TOP 2.1 Billigungs- und Auslegungsbeschluss zur 1. Änderung des Bebauungsplanes Nr. 043 „Erweiterung Stadtbad Plauen und Ausbau Turnstraße“
BSV-258/2025
- TOP 2.2 Beschlussfassung Bundesprogramm „Sanierung kommunaler Sportstätten“ (SKS)
BSV-264/2025
- TOP 2.3 Antrag der SPD/Initiative-Fraktion - Einrichtung von zusätzlichen Parkplätzen am Topfmarkt -, Reg.-Nr. 97-25 - Stellungnahme der Verwaltung
- TOP 3 Anfragen (§ 20 der Geschäftsordnung des Stadtrates der Stadt Plauen)

öffentlicher Teil:

1 Eröffnung der Sitzung und Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung

Frau Bürgermeisterin Wolf eröffnet die 13. Sitzung des Stadtbau- und Umweltausschusses und weist gemäß der aktuellen Änderung in Paragraph 39 der Sächsischen Gemeindeordnung darauf hin, dass eine Verletzung der Form oder Frist der Ladung eines Ausschussmitglieds als geheilt gilt, wenn das Mitglied an der Sitzung teilnimmt und den Mangel nicht spätestens bei Eintritt in die Tagesordnung geltend macht.

1.1 Feststellung der Beschlussfähigkeit

Die Beschlussfähigkeit des Ausschusses wird festgestellt. Für die heutige Niederschrift zeichnen Herr Stadtrat Hering, AfD-Fraktion, und Herr Stadtrat Kellner, CDU-Fraktion, verantwortlich. Frau Bürgermeisterin Wolf dankt beiden für ihre Bereitschaft und wünscht allen Anwesenden viel Gesundheit, Glück und Erfolg für das neue Jahr sowie eine gute Zusammenarbeit zum Wohle der Stadt.

1.2 Tagesordnung

Frau Bürgermeisterin Wolf stellt fest, dass die Ladung fristgerecht erfolgt ist und keine Änderungswünsche zur Tagesordnung vorliegen. Die Tagesordnung wird somit bestätigt.

1.3 Niederschrift über den öffentlichen Teil der 9. Sitzung des Stadtbau- und Umweltausschusses am 25.08.2025

Die Niederschrift der Sitzung vom 25.08. wird angesprochen. Die Bürgermeisterin stellt fest, dass diese den Mitgliedern zugegangen ist und keine Anmerkungen vorliegen. Sie gilt somit als bestätigt.

1.4 Beantwortung von Anfragen

Es sind keine Anfragen offengeblieben.

1.5 Informationen der Bürgermeisterin

Frau Bürgermeisterin Wolf informiert, dass der Bebauungsplan für den Bereich „Oberloser Teil 1“ erneut ausgelegt worden sei. Sie erläutert, dass die öffentliche Auslegung des Plans am 19.01.2026 begonnen habe und bis zum 20.02.2026 andauere. Der Plan befinde sich derzeit im sogenannten Heilungsverfahren. Frau Wolf führt weiter aus, dass der Bebauungsplan überarbeitet und an die aktuellen Anforderungen angepasst worden sei. Im Zuge dessen seien die Träger öffentlicher Belange bereits beteiligt worden. Alle eingegangenen Anregungen und Hinweise seien in die Überarbeitung eingeflossen. Nun werde der Plan erneut öffentlich ausgelegt, um die nächsten Schritte im Verfahren einzuleiten.

- Information zum Wegecheck

Frau Bürgermeisterin Wolf kündigt an, dass Herr Julian Schwenkglenks, ein neuer Kollege aus der Stadtplanung, Informationen zum Wegecheck präsentieren werde. Sie erwähnt, dass das Thema mehrfach angefragt worden sei und nun vorgestellt werde.

Herr Schwenkglenks stellt sich vor und erläutert, dass er seit September 2025 als Sachbearbeiter für Verkehrsplanung und Klimaanpassung in der Stadtverwaltung Plauen tätig sei. Zuvor habe er sieben Jahre im Büro für Städtebau in Chemnitz gearbeitet, wo er sich mit Bebauungs- und Flächennutzungsplänen befasst habe.

Er erklärt, dass der Wegecheck im Jahr 2024 durchgeführt worden sei und die Stadt Plauen seit 2023 Mitglied im Wegebund, einer Arbeitsgemeinschaft sächsischer Kommunen zur Förderung des Rad- und Fußverkehrs, sei. Ziel des Wegechecks sei es gewesen, ein neues Format der Öffentlichkeitsbeteiligung zu entwickeln, um die Bedürfnisse verschiedener Nutzergruppen, wie hochbetagter Menschen, Menschen mit Behinderung, Familien mit Kinderwagen etc., zu berücksichtigen. Zudem habe man konkrete Lösungen für lokale Herausforderungen erarbeiten wollen.

Herr Schwenkglens berichtet, dass der Wegecheck innerhalb von sechs Wochen durchgeführt worden sei. Die Auftaktveranstaltung habe am 16. April 2024 im Quartier 30 stattgefunden, gefolgt von einer Ortsbegehung mit Erwachsenen am 24. April und einer weiteren Begehung mit Kindern der Astrid-Lindgren-Grundschule am 8. Mai. Die Abschlussveranstaltung habe am 28. Mai ebenfalls im Quartier 30 stattgefunden.

Er erläutert, dass die Kinder ihre Schulwege bewertet hätten, wobei insbesondere die Stöckigter Straße als problematisch hervorgehoben worden sei. Der Gehweg sei dort mit 80 Zentimetern zu schmal, und parkende Autos mit überstehenden Anhängerkupplungen würden die Situation zusätzlich verschärfen. Zudem endet der Gehweg abrupt an der Immanuel-Heymann-Straße. Als Lösung sei eine Bordmarkierung eingeführt worden, um den Überhang der Fahrzeuge auf dem Gehweg zu verhindern und die Fahrbahn sowie Parkflächen klar zu kennzeichnen.

Ein weiterer Schwerpunkt sei der Knotenpunkt Lettestraße, Stöckigter Straße und Mammenstraße gewesen. Die Kinder hätten bemängelt, dass dort zu schnell gefahren werde und die Situation aufgrund der schlechten Sichtverhältnisse unübersichtlich sei. Herr Schwenkglens erklärt, dass eine Mittelinsel als Querungshilfe eingerichtet worden sei, um die Sicherheit zu erhöhen. Diese ermögliche es den Schülerinnen und Schülern, sich auf eine Fahrtrichtung zu konzentrieren und bei Bedarf in der Mitte der Fahrbahn zu verweilen. Die neue Querungshilfe verbessere die Verkehrssicherheit auf dem Schulweg zur Astrid-Lindgren-Grundschule und zur Kemmler-Schule erheblich.

Für die Erwachsenen sei eine Begehung in der Altstadt durchgeführt worden, die an der Neundorfer Straße begonnen und über die Marktstraße, den Altmarkt, die Straßberger Straße und den Mühlberg geführt habe. Herr Schwenkglens hebt den Knotenpunkt Neundorfer Straße und Oberer Graben als besonders problematisch hervor. Die große Querungsbreite führe zu hohen Abbiegegeschwindigkeiten, und die separaten Links- und Rechtsabbiegespuren verursachten gegenseitige Sichtbehinderungen. In Zusammenarbeit mit der Verkehrskommission, bestehend aus Polizei, Straßenbahn und Bauhof, wurde ein Provisorium mit einer Mittelinsel getestet, das sich als praktikabel erwiesen habe. Die Umsetzung sei beauftragt und werde in den kommenden Monaten erfolgen.

Abschließend erwähnt Herr Schwenkglens den Altmarkt, für den noch keine finalen Lösungen vorlägen. Kritisiert worden sei, dass die Schrittgeschwindigkeit von Fahrzeugen nicht eingehalten werde, was bei Fußgängern ein Unsicherheitsgefühl hervorrufe. Zudem sei die Gebäudefront durch Außengastronomie blockiert, so dass Fußgänger auf die Straße ausweichen müssten. Auch die fehlende Begrünung sei ein Thema. Er erklärt, dass an Lösungen gearbeitet werde, jedoch noch keine konkreten Ergebnisse vorlägen.

Die Präsentation des Wegechecks sei online verfügbar, und er stehe gemeinsam mit Herrn Brosig für Fragen zur Verfügung.

Frau Bürgermeisterin Wolf bedankt sich bei Herrn Schwenkglens für die Präsentation und kündigt an, dass die Ergebnisse auch in den Fraktionen vorgestellt werden könnten. Sie weist darauf hin, dass die Presse informiert werde und die Präsentation zur Verfügung gestellt werde.

- geplante Straßenbaumaßnahmen in 2026

Frau Bürgermeisterin Wolf bittet Herrn Ullmann über die in 2026 geplanten Tiefbaumaßnahmen zu informieren.

Herr Ullmann, FGL Tiefbau, berichtet, dass die Planungen für das Jahr 2026 auf einer Zusammenstellung der Tiefbaumaßnahmen sowie dem Haushaltsplan basieren. Er erläutert, dass Fördermittel für kommunale Straßen, Brückenbau, das Kommunalbudget, das Deckenbauprogramm und das Gehwegprogramm der Stadt Plauen zur Verfügung stehen. Das Kommunalbudget belaufe sich auf 1.168.000 Euro, wobei die Stadt den gleichen Betrag als Eigenanteil aufbringen müsse.

Er führt aus, dass die Neundorfer Straße, deren Bau im letzten Jahr begonnen wurde, im Frühjahr fortgesetzt und bis Juni abgeschlossen werden solle. Die Reinsdorfer Straße werde in drei Abschnitten saniert, bis zur Fichtestraße in den folgenden beiden Jahren. Es handelt sich um eine Gemeinschaftsmaßnahme mit allen Versorgungsträgern. Pflaster wird hier gegen eine Asphaltdecke ausgetauscht werden.

Für die Hauptstraße in Straßberg sei der zweite Bauabschnitt geplant, wobei man die Engstelle an der Mühle nicht vermeiden könne. Durch die Wartepflicht bei Gegenverkehr gelänge es jedoch, dort noch einen durchgehenden Gehweg anzuordnen.

Die Wagnerstraße in Neundorf werde ebenfalls saniert. Hierfür stehen Mittel in Höhe von zweimal 300.000,00 EUR zur Verfügung. Hier solle vor allem die Parksituation verbessert werden.

Herr Ullmann berichtet weiter über die Plauensche Straße im Ortsteil Jößnitz, deren Planfeststellung kurz vor der Veröffentlichung stehe. Die Straße werde auf einer Seite mit einem drei Meter breiten Gehweg ausgestattet, der auch für Radfahrer freigegeben werde. Zudem werde die Lindenallee erneuert.

Das Deckenbauprogramm umfasse Mittel in Höhe von 600.000 Euro, ergänzt durch 100.000 Euro Eigenmittel der Stadt. Geplant seien Arbeiten an der Seumestraße und der Beethovenstraße, wobei die Maßnahmen teilweise in Abschnitten durchgeführt würden, um den Zugang für Anwohner zu gewährleisten. Die Beleuchtung werde ebenfalls erneuert, da die bestehenden Holzmasten aus den 1950er Jahren nicht mehr tragfähig seien.

Das Gehwegprogramm der Stadt, das mit 200.000 Euro aus Eigenmitteln finanziert werde, umfasse unter anderem Arbeiten an der Arndtstraße, der Freiheitsstraße und der Pestalozzistraße. Herr Ullmann hebt jedoch hervor, dass es sein könne, dass einige kleinere Maßnahmen aufgrund von Kabelverlegungen möglicherweise verschoben werden müssten. Er zeigt die geplanten Vorhaben anhand einer Präsentation.

Im Bereich Klimaschutz durch Radverkehr berichtet Herr Ullmann über den Bau eines Radwegs von Jößnitz nach Steinsdorf, der an das Gewerbegebiet Reißig angeschlossen werde. Fördermittel seien beantragt. Die Kosten belaufen sich auf 964.000 Euro, wobei die Ausschreibung unterhalb der geplanten Kosten liege.

Weitere Maßnahmen umfassen die Gewässerunterhaltung mit einem Budget von 200.000 Euro sowie kleinere Straßenunterhaltungsmaßnahmen. Herr Ullmann erwähnt zudem die durch das Landesamt für Straßenbau und Verkehr geplante Erneuerung der Falkensteiner Straße über der Autobahnbrücke. Die Maßnahme werde aufgrund dieser Zusammenarbeit zu 80 Prozent gefördert.

Anschließend berichtet Herr Ullmann über die Offenlegung der Syra zwischen der Theaterstraße und der Melanchthonstraße. Die Altlastensanierung sei bereits weit fortgeschritten, und die Offenlegung werde mit 90 Prozent gefördert. Die Kosten für die Altlastensanierung belaufen sich auf 423.000 Euro, während die Offenlegung mit 1,1 Millionen Euro veranschlagt sei. Geplant ist, die Gestaltung dieses Bereiches mit EFRE-Mitteln fortführen zu können.

Im Ortsteilzentrum Mammengebiet sollen etwa 2.000 m² bearbeitet werden. Dazu gehört jedoch nicht nur der Platz vorm „Happy Kids“, sondern diverse Gehwege, Parkflächengestaltungen und Lademöglichkeiten.

Abschließend äußert sich Herr Ullmann noch zu einer kleineren Maßnahme, der Deckensanierung Reuthhübel Unterlosaer Straße. Hier sammelte sich häufig Wasser auf der Fahrbahn und könnte bei entsprechenden Temperaturen vereisen.

Frau Bürgermeisterin Wolf bedankt sich bei Herrn Ullmann und betont, dass trotz der zahlreichen Fördermittel und Maßnahmen weiterhin erheblicher Sanierungsbedarf bestehe.

Frau Bürgermeisterin Wolf erläutert, dass der Altbestand im Straßenbau weiterhin nicht vollständig bearbeitet sei. Sie betont, dass die Fördermittel für den Straßenbau nach wie vor begrenzt seien und die Stadt sich daher bemühe, durch verschiedene Förderprogramme zusätzliche finanzielle Mittel zu akquirieren. Sie hebt hervor, dass die Bauindustrie und die Bürger gleichermaßen auf Fortschritte im Straßenbau angewiesen seien, da die Bürger berechtigterweise Fragen zu den Straßenzuständen stellen würden.

Frau Stadträtin Gruber, Fraktion Freie Bürgerliste Plauen, hakt bezüglich der Maßnahme in der Freiheitsstraße nach. Sie möchte wissen, ob der hier häufig verbaute Klinker auch wieder eingesetzt werden würde.

Herr Ullmann erklärt auf Nachfrage, dass das Material in der Freiheitsstraße, insbesondere die Pflastersteine, teils weiterverwendet werde. Größere Platten würden im Bauhof gelagert oder für andere Maßnahmen an die ISP GmbH weitergegeben. Er weist jedoch darauf hin, dass beschädigte Platten nicht manuell aussortiert würden, da dies zu aufwendig sei. Stattdessen würden diese entsorgt.

Herr Stadtrat Legath, BSW-Fraktion, erkundigt sich nach der Durchlässigkeit der Seumestraße während des Bauprozesses, insbesondere im Hinblick auf größere Veranstaltungen im Stadion.

Herr Ullmann antwortet, dass eine Vollsperrung vorgesehen sei, jedoch eine Abstimmung mit dem Spielplan des VFC Plauen noch ausstehe. Er erläutert, dass die Bauzeit voraussichtlich zwei Monate betragen werde und alternative Verkehrsführungen nur eingeschränkt möglich seien, da die verbleibende Straßenbreite aus Gründen der Arbeitssicherheit nicht ausreiche.

Herr Hoyer, sachkundiger Einwohner auf Vorschlag der AfD-Fraktion, bringt die Bitte vor, den Gehweg von der Seumestraße zur Hans-Sachs-Straße in Richtung Kaufland zu sanieren, da dieser seit DDR-Zeiten lediglich aus Schotter bestehe. Er verweist darauf, dass ein entsprechender Antrag schon einmal abgelehnt worden sei, hofft jedoch auf eine erneute Prüfung, falls finanzielle Mittel übrigblieben.

Herr Alboth, sachkundiger Einwohner auf Vorschlag der SPD/Initiative-Plauen-Fraktion, lobt die Bemühungen der Stadt, Fördermittel in verschiedenen Kategorien auszuschöpfen. Er hebt hervor, dass die 50-prozentige Förderung durch den Freistaat Sachsen, die 1,16 Millionen Euro betrage, zwar eine erhebliche Entlastung darstelle, dennoch müsse die Stadt dieselbe Summe aufbringen.

Herr Stadtrat Salzmann, CDU-Fraktion, stellt eine Frage zur Reinsdorfer Straße in der Südvorstadt, insbesondere zu den Auswirkungen der Baumaßnahmen auf Parkplätze bzw. Baumfällarbeiten.

Herr Ullmann erklärt, dass in dem betroffenen Abschnitt Baumfällarbeiten nicht ausgeschlossen werden können. Derzeit seien zwei Baumscheiben geplant, was jedoch keine größeren Einschränkungen für Parkplätze mit sich bringe. Er weist darauf hin, dass die Standorte für Bäume aufgrund der dortigen Versorgungsleitungen ohnehin begrenzt seien.

Frau Bürgermeisterin Wolf äußert sich zwar skeptisch zu den Baumpflanzungen an Gehwegen, betont aber, dass die Aufenthaltsqualität der Straßen durch die neuen Bäume deutlich verbessert werde.

Frau Stadträtin Gruber, Fraktion Freie Bürgerliste Plauen, erkundigt sich, ob es sich bei dem neuen Flussbett der Syra um den alten Verlauf handle.

Herr Ullmann erklärt, dass historische Karten vorhanden seien, die den Verlauf des Flusses im 19. Jahrhundert dokumentierten. Er erläutert, dass der Flussverlauf bei der Offenlegung weitgehend dem historischen Verlauf entspreche.

Herr Stadtrat Legath fragt nach der geplanten Bauzeit der Beethovenstraße. Herr Ullmann gibt an, dass die Ausschreibung frühestens im Juni erfolgen könne und die Bauarbeiten bis Jahresende andauern würden.

Herr Pietschmann, sachkundiger Einwohner auf Vorschlag der Fraktion Freie-Bürger-Liste, erkundigt sich nach den Bauarbeiten am Theaterplatz, insbesondere im Zusammenhang mit der Erneuerung des Rohrnetzes.

Herr Ullmann erläutert, dass Abstimmungen mit den Versorgungsunternehmen für Gas und Trinkwasser erfolgt seien. Die Trinkwasserleitungen würden auf einer neuen Trasse verlegt, wobei die Arbeiten im Bereich zwischen dem Theater und den angrenzenden Karrees, einschließlich des Vorplatzes, stattfinden sollen. Die Leitungen würden in einem Abstand von 6 bis 7 Metern vor dem Theater neu verlegt werden.

Frau Bürgermeisterin Wolf ergänzt, dass auch am Theater selbst ein Sanierungsbedarf bestehe, insbesondere im Kellerbereich, wo Feuchtigkeitsschäden festgestellt worden seien. Sie führt aus, dass das Theater aufgrund seiner Lage wie eine Barriere für das abfließende Wasser wirke, was die Feuchtigkeitsschäden begünstige. Es sei daher geplant, die Bauarbeiten zu nutzen, um Maßnahmen zur Ableitung des Wassers umzusetzen und die Schäden zu beheben. Sie betont, dass es sinnvoll sei, die Arbeiten am Theaterplatz selbst zu koordinieren, um eine erneute Baustellensituation nach der Fertigstellung des Platzes zu vermeiden.

Herr Pietschmann bittet im Namen seiner Fraktion, einmal umfassend in einem der nächsten Ausschusssitzungen über den aktuellen Sanierungsstand des Plauer Theaters informiert zu werden.

Frau Bürgermeister Wolf sagt dies gern zu.

Herr Gräf, sachkundiger Einwohner auf Vorschlag der CDU-Fraktion, schlägt vor, Bäume vor allem im unteren Bereich der Reinsdorfer Straße anzusiedeln, da hier der Parkdruck weniger stark ist. Er bittet darum, dies ggf. im Verlauf des Baus mit zu beachten.

Frau Bürgermeisterin Wolf verweist auf die zahlreichen unterirdischen Leitungen, welche Baumpflanzungen oftmals erschweren. Sie bittet jedoch Herrn Ullmann, FGL Tiefbau, das Anliegen zu prüfen und zu beantworten.

2 Vorberatung

2.1 Billigungs- und Auslegungsbeschluss zur 1. Änderung des Bebauungsplanes Nr. 043 „Erweiterung Stadtbad Plauen und Ausbau Turnstraße“ Vorlage: BSV-258/2025

Frau Bürgermeisterin Wolf kündigt an, dass Herr Rink aus dem Bereich Stadtplanung die entsprechende Beschlussvorlage vorstellen werde.

Herr Rink, Sachbearbeiter Stadtplanung, erläutert, dass mit dem Beschluss der Entwurf des Bebauungsplanes öffentlich ausgelegt und die Träger öffentlicher Belange beteiligt werden sollen, um einen wichtigen Verfahrensschritt im Bauleitplanverfahren abzuschließen. Er erinnert daran, dass der Stadtrat im vergangenen Jahr einen Grundsatzbeschluss zum geänderten Raumprogramm des Stadtbades gefasst habe. Darauf aufbauend sei im Oktober der Aufstellungsbeschluss für das erste Änderungsverfahren des Bebauungsplanes beschlossen worden, um das Baufeld für die Erweiterung des Stadtbades anzupassen. Die ursprüngliche Planung entlang des Elsterradweges sei zugunsten einer neuen Anordnung entlang der Hofer Straße geändert worden, was eine Anpassung des Bebauungsplanes erforderlich mache.

Er führt aus, dass es sich um ein Änderungsverfahren im Rahmen eines Bebauungsplanes der Innenentwicklung handele, welches im beschleunigten Verfahren durchgeführt werde. Diese Verfahrensart sei für baulich vorgeprägte Bereiche vorgesehen und ermögliche es, auf eine Umweltprüfung und einen Umweltbericht zu verzichten, da diese Belange bereits im ursprünglichen Bebauungsplan umfassend geprüft worden seien.

Die Änderungen beschränkten sich auf die Anpassung des Baufeldes, ohne die städtebauliche Grundkonzeption zu verändern. Die Abbindung des Elsterangers und die Erschließung über die Turmstraße und Fabrikstraße blieben unverändert.

Herr Rink erklärt, dass im beschleunigten Verfahren auf die frühzeitige Öffentlichkeits- und Bürgerbeteiligung verzichtet werden könne, da die Änderungen geringfügig seien. Der Bebauungsplan werde daher nur einmal ausgelegt. Die Hauptänderung betreffe die Baugrenze, die angepasst werde, um den neuen Baukörper einzuordnen. Weitere Änderungen betreffen die Gehölzstandorte, da einige Bäume gefällt und andere erhalten bleiben müssten. Zudem entfalle ein ursprünglich geplanter Versorgungskorridor, und kleinere textliche Anpassungen, etwa zu Maßnahmen für Fledermausquartiere und Nisthilfen, würden vorgenommen.

Er erläutert anhand von Plänen die Unterschiede zwischen dem ursprünglichen und dem geänderten Bebauungsplan. Die alte Baugrenze werde entfallen, und die neue Baugrenze verlaufe entlang der ehemaligen Straße am Elsteranger. Der bestehende Parkplatz bleibe unverändert, und wertvolle Altbäume entlang des Radweges könnten erhalten bleiben. Eine alte Lagerhalle, die sich im Eigentum der Stadt befinde und nicht mehr genutzt werde, solle abgerissen werden. Die freiwerdende Fläche werde als gestaltete Grünfläche entwickelt, um die Außenanlagen des Stadtbades aufzuwerten.

Herr Rink geht auf die Reduzierung der Fledermausquartierkästen von zwölf auf sechs ein, da die Altbäume erhalten blieben. Nisthilfen für Höhlenbrüter könnten vollständig entfallen, da die Bäume weiterhin als Lebensraum dienten. Die städtebauliche Grundkonzeption bleibe unverändert, und die Änderungen beschränkten sich auf das Baufeld und redaktionelle Anpassungen.

Auf Nachfrage von Frau Stadträtin Zierold, Fraktion Die Linke/Grüne, erklärt Herr Rink, dass der Fußweg trotz der zeichnerischen Darstellung in voller Breite erhalten bleibe.

Herr Gräf, sachkundiger Einwohner auf Vorschlag der CDU-Fraktion, erkundigt sich nach dem Eigentum des Flurstückes, auf der die Lagerhalle steht.

Hierauf bestätigt Herr Rink, dass diese der Stadt bereits gehöre und aufgrund ihres baulichen Zustandes abgerissen werde, um die Außenbereiche aufzuwerten.

Herr Alboth erkundigt sich, ob unter diesen Umständen die Linksabbiegespur zum Lidl-Markt aufrechterhalten werden müsse.

Herr Ullmann, FGL Tiefbau erklärt, dass das Thema unabhängig von der Betrachtung des Stadtbades zu sehen sei. Er betont, dass zunächst der Gehweg für die Bauzeit benötigt werde und daher die aktuelle Situation beibehalten werde, bis die Bauarbeiten abgeschlossen seien. Erst danach könnten weitere Maßnahmen ergriffen werden.

Beschlussvorschlag:

Der Stadtrat der Stadt Plauen beschließt den Entwurf für die 1. Änderung des Bebauungsplanes Nr. 043 „Erweiterung Stadtbad Plauen und Ausbau Turnstraße“ und beschließt die öffentliche Auslegung nach § 3 Abs. 2 BauGB.

Abstimmungsergebnis: Ja-Stimmen 8 Nein-Stimmen 0 Stimmenthaltung 1 Befangen 0

2.2 Beschlussfassung Bundesprogramm „Sanierung kommunaler Sportstätten“ (SKS) Vorlage: BSV-264/2025

Frau Bürgermeisterin Wolf führt in die Vorlage ein. Sie hebt hervor, dass das Förderprogramm, welches am 16. Oktober des Vorjahres aufgerufen wurde, einen engen Zeitrahmen vorgibt. Der Förderantrag sei am 15. November veröffentlicht worden, wodurch die Anforderungen für die Antragstellung klar definiert gewesen seien. Sie betont, dass die Stadt Plauen als notleidende Kommune von einer Förderhöhe von 75 % profitieren könne, welche durch den Sachsenfonds auf bis zu 90 % erhöht werden könne. Sie dankt den beteiligten Mitarbeitern, insbesondere Herrn Löffler, Herrn Forster, Frau Pour, Herrn Haupt, Herrn Rödel, Herrn Düntsch und Herrn Großpietsch, für die intensive Arbeit an den Förderanträgen. Diese seien fristgerecht am 15. Januar hochgeladen worden, wobei ein Stadtratsbeschluss bis zum 31. Januar nachgereicht werden müsse, um keine Nachteile zu erleiden. Ziel sei es, die Chance zu nutzen und die Projekte in der ersten Förderrunde zu platzieren.

Herr Löffler, Fachbereichsleiter Bauordnung, Stadtplanung und Umwelt, führt aus, dass trotz der kurzen Vorbereitungszeit und der Weihnachtspause eine Vorlage erarbeitet worden sei, die drei Projekte umfasst. Diese seien die Sanierung des alten Stadtbades, die Bestandssanierung des Sportkomplexes Kurt Helbig sowie der Ersatzneubau des Multifunktionsgebäudes und die Erweiterung der Sportfreianlagen im Vogtlandstadion.

Er erläutert, dass das Stadtbad, welches 2007 eröffnet und 2011 teilweise erneuert wurde, nach 20 Jahren einen Sanierungsbedarf aufweise. Insbesondere das Bestandsgebäude, die Herrenhalle und das Sportbecken seien betroffen. Zudem sei eine Überdachung des Parkplatzes mit einer Photovoltaikanlage geplant, um die Energiekosten der Schwimmhalle, die als größter Energieverbraucher der Stadt gilt, zu senken. Das Stadtbad habe eine überregionale Bedeutung für den Schul- und Vereinssport sowie für die Bevölkerung, weshalb eine langfristige Nutzbarkeit angestrebt werde.

Zum Sportkomplex Kurt Helbig erklärt Herr Löffler, dass dieser eine zentrale Rolle für Schulen und Vereine spiele. Die Kurt-Helbig-Halle, der Sportplatz und die Außenanlagen seien jedoch sanierungsbedürftig. Geplant seien unter anderem die Erneuerung des Kunstrasenplatzes, die Umstellung der Beleuchtung auf LED, die Sanierung der Laufbahn sowie die Verbesserung der Zugangswege und Außenanlagen. Auch die Halle selbst, die zuletzt im Jahr 2000 saniert wurde, benötige Maßnahmen, wie die Erneuerung des Daches und des Sportbodens. Zudem sei eine Photovoltaikanlage vorgesehen, um die Energiekosten zu senken.

Hinsichtlich des Vogtlandstadions erläutert Herr Löffler, dass ein Ersatzneubau des Multifunktionsgebäudes geplant sei, da das bestehende Gebäude in einem desolaten Zustand sei. Der Neubau solle einen zentralen Eingangsbereich schaffen und moderne Umkleide- und Funktionsräume bieten. Zudem seien Maßnahmen zur Verbesserung der Freianlagen vorgesehen, darunter die Umgestaltung des Hartplatzes und der Aufwärmwiese sowie die Schaffung von Kleinfeldern für den Kinderfußball. Die bestehenden Tribünen und Kunstrasenplätze blieben unberührt. Herr Löffler betont, dass die Planungen noch in einer frühen Phase seien und weitere Details ausgearbeitet werden müssten.

Abschließend führt Herr Löffler aus, dass die Gesamtkosten der Projekte auf 7,3 Millionen Euro für das Stadtbad, 10,6 Millionen Euro für den Sportkomplex Kurt Helbig und 6 Millionen Euro für das Vogtlandstadion geschätzt würden. Die Stadt plane, 10 % Eigenanteil zu tragen, während die restlichen Mittel über das Förderprogramm und den Sachsenfonds gedeckt werden sollen. Es sei jedoch ungewiss, ob alle drei Projekte bewilligt würden. Die Stadt wolle die Projekte dennoch vorantreiben, um auch für zukünftige Förderprogramme vorbereitet zu sein.

Herr Löffler berichtet, dass alle drei Projekte fristgerecht eingereicht worden seien. Die entsprechenden Projektskizzen seien am Mittwoch der Vorwoche hochgeladen worden, da an diesem Tag die Einreichungsfrist geendet habe. Er betont, dass die Projekte von großer Bedeutung seien und in den kommenden Jahren weiterverfolgt werden sollen. Er geht nochmals auf den knappen Zeitplan ein. Bis zum 31. Januar bestehe die Möglichkeit, Nachreichungen vorzunehmen. Anschließend werde das Bundesverfahren eingeleitet, in dessen Rahmen die Projektskizzen geprüft und der Haushaltsausschuss des Bundestages zustimmen müsse. Idealerweise könnten ein oder zwei Projekte bewilligt werden, um die weitere Planung voranzutreiben. Als Nachreichungen seien der Stadtratsbeschluss, der am 27. Januar gefasst werden solle, sowie der Nachweis der Notlage über den Vogtlandkreis vorgesehen. Diese seien bereits angefragt und teilweise bestätigt worden. Frau Wolf und Herr Löffler stünden für Rückfragen zur

Verfügung. Zudem werde das Thema am Donnerstag im Finanzausschuss zur Vorbereitung des Sonderstadtrats behandelt.

Frau Bürgermeisterin Wolf würdigt die intensive Arbeit der letzten fünf Wochen, in denen diese drei Großprojekte vorbereitet worden seien. Sie eröffnet die Diskussionsrunde und gibt das Wort an Herrn Stadtrat Legath, BSW-Fraktion.

Herr Stadtrat Legath äußert Bedenken hinsichtlich des dritten Projekts. Er kritisiert, dass die Umsetzung der Projektskizze dazu führen würde, dass das Stadion die Drittligazulassung verliere, da die erforderliche Kapazität von 10.500 Plätzen nicht mehr erreicht werde. Zudem bemängelt er, dass durch den Abriss der Tribüne keine Stehplätze mehr vorhanden wären, was das Fußballerlebnis beeinträchtigen könne. Auch die Rettungswege seien problematisch, da diese über Engstellen führen würden. Er schlägt vor, die Planung zu überdenken und weitere Aspekte, wie die Integration einer öffentlichen Gaststätte, eines Fanshops und der Geschäftsstelle in das Gebäude, zu berücksichtigen. Zudem verweist er auf bereits vorhandene Abwasserleitungen, die im Zuge der Sanierung der Tribüne verlegt worden seien, jedoch in der aktuellen Planung keine Berücksichtigung fänden.

Herr Löffler erklärt, dass der vorliegende Plan in kurzer Zeit erstellt worden sei. Es handle sich um eine Idee, die nicht das Ziel verfolge, die Stehplatztribüne abzuschaffen. Frau Bürgermeisterin Wolf ergänzt, dass es sich um einen Vorentwurf handle, der auf Vergleichsprojekten basiere und keine ausführungsfähige Planung darstelle. Ziel sei es, ein zukunftsfähiges Stadion mit barrierefreien und energetisch optimierten Gebäuden zu schaffen, das nicht nur für den Fußball, sondern auch für andere Veranstaltungen geeignet sei.

Herr Stadtrat Legath fordert eine punktweise Abstimmung der drei Projekte, da er dem dritten Punkt nicht zustimmen könne.

Herr Stadtrat Beegen, AfD-Fraktion, fragt nach der Möglichkeit einer Priorisierung der eingereichten Vorschläge im Auswahlverfahren des Bundes.

Frau Bürgermeisterin Wolf erläutert, dass es keine direkte Priorisierung gebe. Die Auswahlkriterien des Bundes umfassten Aspekte wie Barrierefreiheit, energetische Optimierung und die überregionale Bedeutung der Sportanlage. Aus diesem Grund habe man sich auf größere Sportanlagen konzentriert, um die Förderkriterien zu erfüllen.

Sie erklärt weiter, dass man sich entschieden habe, mutig vorzugehen und große Projekte in das Förderprogramm einzubringen, um den Bedarf deutlich zu machen. Als Beispiel nennt sie die Vorgehensweise in der Elsteraue, wo man ursprünglich eine Bewerbung für die Industriekultur-Ausstellung eingereicht habe, diese jedoch nicht erfolgreich gewesen sei. Dennoch habe man die Projekte in weiteren Förderprogrammen unterbringen können. Sie betont, dass auch in der kommenden EFRE-Förderperiode ab 2028 Projekte erneut eingebracht werden könnten, falls sie aktuell keine Berücksichtigung fänden. Die Vorgehensweise sei vergleichbar mit dem „Windhundprinzip“, da in kurzer Zeit ein gewisser Planungsstand und die Notwendigkeit der Projekte nachgewiesen werden müssten.

Herr Stadtrat Weiser, AfD-Fraktion, bedankt sich für die Ausführungen und weist darauf hin, dass letztlich der Haushaltsausschuss des Bundestages über die Verteilung der Fördermittel in Höhe von 333 Millionen Euro entscheiden werde. Er geht davon aus, dass die Mittel prozentual auf die Bundesländer verteilt würden, wobei Sachsen voraussichtlich 5 % der Summe, also etwa 6,5 Millionen Euro, erhalten werde. Er merkt an, dass diese Summe im Verhältnis zu den benötigten Mitteln lediglich einen Tropfen auf den heißen Stein darstelle. Dennoch betont er, dass er sich für die Projekte, insbesondere für die Kurt-Helbig-Halle, einsetzen werde.

Herr Stadtrat Weiser erkundigt sich, ob bei der geplanten Sanierung, die mit Kosten von 10 Millionen Euro veranschlagt ist, auch die Möglichkeit eines kompletten Neubaus in Betracht gezogen wurde.

Herr Löffler erklärt, dass sowohl die Halle als auch der Platz in der Kostenschätzung berücksichtigt seien. Ein Abriss und Neubau sei jedoch nicht geprüft worden, da Förderprogramme in der Regel nur Sanierungen im Bestand unterstützen und Neubauten nicht förderfähig seien. Er verweist auf einen ähnlichen Ansatz beim Vogtlandstadion, wo Bestandssanierungen und Ersatzneubauten kombiniert wurden. Herr Löffler betont, dass ein Neubau in der aktuellen Förderlandschaft nicht realistisch sei und verweist auch auf die emotionale Bindung vieler Bürger an die bestehende Halle.

Frau Stadträtin Zierold, Fraktion Die Linke/Grüne, fragt nach den energetischen Aspekten des Vogtlandstadions im Zusammenhang mit dem Förderprogramm.

Herr Löffler erläutert, dass die Bestandsgebäude des Stadions in einem desolaten Zustand seien und hohe Betriebskosten verursachten. Er beschreibt, dass die Gebäude schlecht isoliert seien und erhebliche Wärmeverluste aufwiesen. Ein Ersatzneubau sei daher energetisch sinnvoller, da dieser nach modernen Standards errichtet werden könne, einschließlich einer Photovoltaikanlage und einer optimierten Wärmeplanung.

Frau Bürgermeisterin Wolf bestätigt, dass die Elektrik und die Gebäudestruktur des gesamten Areals nicht mehr zu retten seien. Ein Ersatzneubau würde zudem Barrierefreiheit gewährleisten und die kleinteilige Struktur der bestehenden Gebäude beseitigen.

Herr Alboth, sachkundiger Einwohner auf Vorschlag der SPD/Initiative-Plauen-Fraktion, äußert sich zu den finanziellen Rahmenbedingungen und verweist auf die Fördermittel des Landes Sachsen in Höhe von 6,5 Millionen Euro. Er gibt an, dass die statistisch zu erwartenden Fördermittel des Bundes bei einer Obergrenze von 100.000 bis 300.000 Euro pro Einwohner von Plauen lägen. Herr Alboth schildert zudem persönliche Erfahrungen mit der Infrastruktur des Stadions, insbesondere im Bereich der Tribünen und der Wasserleitungen und hebt die Herausforderungen hervor, die mit der Sanierung verbunden seien.

Herr Stadtrat Legath ergänzt, dass er ebenfalls Erfahrungen mit der Nutzung des Stadions habe und verweist auf die Notwendigkeit, die Tribünen und den Rasenplatz zu berücksichtigen.

Herr Stadtrat Legath führt aus, dass in der zweiten von fünf Planungsrunden die Möglichkeit bestehe, ein kleineres Projekt zusätzlich aufzunehmen. Er schlägt vor, nicht nur eine große Sportstätte zu planen, sondern auch eine kleinere Sportstätte in Betracht zu ziehen.

Herr Löffler ergänzt, dass es auch denkbar sei, Förderprojekte zu reduzieren. Dadurch könnten Teilbaustellen herausgelöst werden, die beispielsweise nur Freiflächen oder Gebäude betreffen.

Herr Stadtrat Legath fragt weiter, ob es möglich sei, das Projekt „Helbigplatz“ entweder vollständig umzusetzen oder nur Teilbereiche, wie beispielsweise den Kunstrasen und die Beleuchtung, zu realisieren.

Frau Bürgermeisterin Wolf erklärt, dass diese Überlegung ebenfalls angestellt worden sei. Sie betont jedoch, dass angesichts der finanziellen Ausstattung und der Bedeutung der Stadt als fünftgrößte Stadt Sachsens entschieden wurde, sich mit einem größeren Projekt zu bewerben. Sie führt aus, dass ein kleineres Projekt, wie der Ersatz eines Kunstrasenplatzes im Wert von etwa 400.000 Euro, im Stadtbild weniger wahrnehmbar sei. Daher habe man sich bewusst für ein selbstbewusstes Auftreten mit einem größeren Projekt entschieden, das auch in der Verteilung der Fördermittel besser berücksichtigt werde. Sie verweist auf die bisherigen positiven Erfahrungen mit dem Bundesinstitut für Bau-, Stadt- und Raumforschung (BBSR), das die Stadt bei früheren Modellkommunen-Projekten begleitet habe. Die Stadt habe ihre Leistungsfähigkeit und Umsetzungsstärke bereits bewiesen, weshalb sie sich als zuverlässiger Partner präsentiere.

Herr Gräf, sachkundiger Einwohner auf Vorschlag der CDU-Fraktion, merkt an, dass die Bürgermeisterin versuche ihre Entscheidung zu rechtfertigen, obwohl er den Eindruck habe, dass die überwiegende Zahl der Stadträte die Vorgehensweise positiv sähen. Er unterstützt die Entscheidung, sich mit einem größeren Projekt zu bewerben, da dies die Chancen auf eine Förderung erhöhe. Gleichzeitig regt er an, die Möglichkeit einer Ablehnung kleinerer Projekte zu überdenken, da dies möglicherweise zu einer geringeren Wahrnehmung führen könnte.

Frau Bürgermeisterin Wolf sei stolz auf die Arbeit ihrer Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter. Sie hebt hervor, dass die Verwaltung mit großem Engagement und Euphorie an den Projekten gearbeitet habe und verweist auf die Erfolge der Stadt in früheren Modellkommunen-Projekten. Sie betont, dass die Stadt in diesen Projekten führend gewesen sei und daher mit Zuversicht an die Bewerbung herangehe.

Herr Stadtrat Kellner, CDU-Fraktion, bedankt sich bei der Verwaltung für die geleistete Arbeit und unterstützt die Entscheidung, sich mit größeren Projekten zu bewerben. Er fragt, ob es möglich sei, in den nächsten beiden Tranchen neue Projekte einzureichen oder ob nur Änderungen an den bereits eingereichten Projekten vorgenommen werden könnten.

Frau Bürgermeisterin Wolf erklärt, dass dies zum jetzigen Zeitpunkt noch nicht abschließend beantwortet werden könne, da der nächste Förderaufruf noch nicht festgelegt sei.

Sie erläutert, dass die Entscheidung, ob neue Projekte initiiert oder bestehende Projekte fortgeführt werden, im Rahmen des nächsten Förderaufrufs in diesem Jahr getroffen werde. Sie betont, dass dies eine zukünftige Klärung erfordere.

Herr Stadtrat Legath hebt hervor, dass er die Gesamtleistung des Projekts und der Verwaltung nicht kritisieren wolle. Er betont jedoch die Bedeutung, bereits in einem frühen Planungsstadium Anmerkungen einzubringen, um im Bedarfsfall schnell reagieren zu können. Bezüglich der Tribüne erklärt er, dass es nicht um persönliche Präferenzen gehe, sondern um die soziale Funktion der Stehplatztribüne, die für ein Drittel bis die Hälfte der Zuschauer ein zentrales Erlebnis darstelle. Er spricht sich dafür aus, diese Tribüne zu einem Großteil zu erhalten. Zudem verweist er auf die Möglichkeit, kleinere Projekte einzubringen, um im Falle einer deutlichen Überzeichnung zumindest eine Förderung zu erhalten. Dies sei als Alternative gedacht, falls größere Projekte nicht berücksichtigt würden.

Herr Stadtrat Legath beantragt, die Beschlussvorschläge zu den drei Projekten einzeln abzustimmen.

Die Bürgermeisterin bringt den Antrag von Herrn Stadtrat Legath zur Abstimmung.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen 2 Nein-Stimmen 7

Der Antrag wird somit abgelehnt. Anschließend stellt die Bürgermeisterin den ursprünglichen Beschlussvorschlag zur Abstimmung.

Beschlussvorschlag:

Der Stadtrat der Stadt Plauen beschließt für das Bundesprogramm „Sanierung kommunaler Sportstätten“ (SKS) in einzelner Abstimmung:

- 1.) Die Projektskizze sowie die Bewerbung für die **Sanierung des alten Stadtbades der Stadt Plauen (Bestandsgebäude Hofer Str. 2, im Folgenden Stadtbad Plauen)**
- 2.) Die Projektskizze sowie die Bewerbung für den **Sportkomplex Kurt-Helbig (Bestandssanierung)**
- 3.) Die Projektskizze sowie die Bewerbung für das **Vogtlandstadion (Ersatzneubau Multifunktionsgebäude) mit Erweiterung der Sportfreianlagen**

Abstimmungsergebnis: mehrheitlich beschlossen

Ja-Stimmen 7 Nein-Stimmen 0 Stimmenthaltung 2 Befangen 0

2.3 Antrag der SPD/Initiative-Fraktion - Einrichtung von zusätzlichen Parkplätzen am Topfmarkt -, Reg.-Nr. 97-25 - Stellungnahme der Verwaltung

Frau Bürgermeisterin Wolf leitet die Diskussion zum Tagesordnungspunkt 2.3 ein, der den Antrag der SPD-Initiative-Fraktion zur Einrichtung zusätzlicher Parkplätze am Topfmarkt betrifft. Sie gibt Herrn Stadtrat Kusche die Gelegenheit, den Antrag vorzustellen.

Herr Stadtrat Kusche führt aus, dass im östlichen Altstadtbereich eine erhebliche Parkplatzknappheit herrsche, insbesondere bei Veranstaltungen, wie z. B. im Malzhaus. Er schlägt vor, die Flurstücke 163, 164 und 166, die sich auf dem Topfmarkt befinden, temporär als Parkplätze zu nutzen. Nach seiner Auffassung sei dies gemäß der Sächsischen Bauordnung genehmigungsfrei möglich. Er betont, dass die zusätzlichen Parkplätze sowohl den Bewohnern als auch den ansässigen Dienstleistern und gastronomischen Betrieben zugutekämen.

Die Bürgermeisterin bittet Herrn Löffler, die Stellungnahme der Verwaltung zu erläutern. Herr Löffler erklärt, dass die Zulässigkeit der Nutzung durch den Bebauungsplan geregelt sei, der an dieser Stelle eine Wohnbebauung vorsehe. Öffentliche Parkplätze seien auf einem Baufeld für Wohnen nicht zulässig. Zudem verweist er auf die bestehende Nutzung der Fläche als Eisbahn, die langfristig genutzt werde und deren regelmäßige Wiederherstellung bei einer alternativen Nutzung Kosten in Höhe von etwa 20.000 Euro jährlich verursachen würde. Die Verwaltung spreche sich daher gegen die Einrichtung von Parkplätzen aus.

Herr Stadtrat Kusche entgegnet, dass die Kosten durch die Einnahmen aus den Parkplätzen gedeckt werden könnten. Er argumentiert, dass die Parkplätze primär den Bewohnern der umliegenden Wohnbebauung dienen würden und somit den Vorgaben des Bebauungsplans nicht widersprächen. Er verweist auf die Sächsische Bauordnung, die die Herstellung nicht überdachter Stellplätze bis zu einer Fläche von 100 Quadratmetern je Grundstück und Zufahrt als verfahrensfrei definiere.

Frau Bürgermeisterin Wolf erläutert, dass für die Einrichtung von Parkplätzen auf einer Fläche dieser Dimension ein Bauantrag erforderlich sei, der jedoch aufgrund des bestehenden Bebauungsplans nicht genehmigungsfähig sei. Eine Änderung des Bebauungsplans wäre notwendig, um die Nutzung zu ermöglichen.

Herr Stadtrat Kusche hinterfragt diese Einschätzung und verweist erneut auf die Möglichkeit, die Parkplätze gemäß der Sächsischen Bauordnung genehmigungsfrei zu errichten.

Herr Löffler entgegnet, dass der Bebauungsplan die Nutzung der Fläche als allgemeines Wohngebiet festlege und Stellplätze nur zulässig seien, wenn sie dem Wohnen dienen. Eine Nutzung der Fläche für öffentliche Parkplätze sei daher nicht möglich.

Herr Alboth, sachkundiger Einwohner auf Vorschlag der SPD/Initiative-Plauen-Fraktion, bringt die Möglichkeit ins Gespräch, ein Baurecht auf Zeit zu prüfen, um die Fläche temporär als Parkplatz zu nutzen. Er weist jedoch darauf hin, dass die jährlichen Kosten für die Wiederherstellung der Eisbahn berücksichtigt werden müssten.

Frau Bürgermeisterin Wolf schlägt vor, den Antrag entsprechend zu modifizieren und die Verwaltung mit der Prüfung eines Baurechts auf Zeit zu beauftragen.

Herr Stadtrat Kusche erklärt sich bereit, den Antrag zu überarbeiten und neu einzureichen.

Die Bürgermeisterin bestätigt, dass der Antrag in der heutigen Sitzung nicht zur Abstimmung gestellt werde.

Herr Stadtrat Legath, BSW-Fraktion, möchte mit Blick auf vorgenannten Antrag wissen, welche Einnahmen die Stadt überhaupt durchschnittlich pro Jahr pro Parkplatz erzielt.

Ferner interessiere ihn, welche Ausgaben für deren Bewirtschaftung gegenüberstehen würden.

Frau Bürgermeisterin Wolf sagt diesbezüglich eine schriftliche Antwort zu.

Herr Stadtrat Hering, AfD-Fraktion, regt an, zu prüfen, ob eine temporäre Nutzung, beispielsweise für einen Zeitraum von neun Monaten, eine andere rechtliche Grundlage schaffen könnte. Er verweist darauf, dass die Fläche, ähnlich wie bei der Eisbahn, auch anderweitig genutzt werde und dies möglicherweise Auswirkungen auf die Genehmigungspflichten haben könnte. Er schlägt vor, diese Überlegungen in die Prüfung einzubeziehen.

Die Bürgermeisterin sichert zu, die Thematik erneut aufzubereiten und die entsprechenden Aspekte zu berücksichtigen.

3 Anfragen (§ 20 der Geschäftsordnung des Stadtrates der Stadt Plauen)

Herr Stadtrat Beegen, AfD-Fraktion, weist darauf hin, dass seit nunmehr ca. 2 Monaten das Abfahrtsschild für die Abfahrt Plauen-Ost auf der A72 auf dem Boden liegt. Er bittet deshalb darum, diesbezüglich Kontakt zur Autobahnmeisterei aufzunehmen.

Frau Bürgermeisterin Wolf bittet Herrn Ullmann, FGL Tiefbau, um entsprechende Kontaktaufnahme.

Herr Stadtrat Kusche bringt eine Anfrage einer Vereinskollegin vor, die sich auf die Verkehrssituation in der Bahnhofstraße bezieht. Er berichtet, dass Anwohnern und Handwerkern vor 10:00 Uhr das Einfahren zur Anlieferung nicht mehr gestattet sei. Die Polizei verteile Strafzettel und verweise darauf, dass eine Ausnahmegenehmigung bei der Stadt einzuholen sei. Herr Stadtrat Kusche fragt, ob diese Regelung rechtlich korrekt sei und warum sie eingeführt worden sei. Er übergibt die schriftliche Anfrage an die Verwaltung zur weiteren Klärung.

Frau Bürgermeisterin Wolf bestätigt den Eingang der schriftlichen Anfrage und bedankt sich für die Übermittlung. Sie gibt an, dass sie zu diesem Thema keine weiteren Informationen habe und verweist auf eine spätere Klärung.

Plauen, den

Plauen, den

Kerstin Wolf
Bürgermeisterin

Christian Kellner
Stadtrat

Plauen, den 26.1.2026

Plauen, den

Lydia Grüner
Schriftführerin

Ronny Hering
Stadtrat